

den Titel und die Einleitung geweckten Erwartungen enttäuschen. Es überwiegen Typologien und Problematisierungen, die kein Forschungsprogramm erkennen lassen.¹ Dabei bieten Kontroversen als „Extremfälle“ wissenschaftlicher Kommunikation wahrscheinlich sehr gutes Material für eine Analyse der spezifischen epistemischen Praktiken von Wissenschaftsgebieten. Vergleichende Analysen von Kontroversen könnten der Wissenschaftsforschung in diesem bislang weitgehend unbearbeiteten Feld weiterhelfen. Dazu bedarf es eines Forschungsprogramms, das auf vergleichenden Untersuchungen beruht, alle relevanten Disziplinen integriert und die Inhalte von Kontroversen ebenso einbezieht wie die (möglichen) Funktionen von Kontroversen in den Beziehungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Die Notwendigkeit und enorme Praxisrelevanz eines solchen Forschungsprogramms zu verdeutlichen ist ein Verdienst dieses Sammelbandes.

Literatur

- Collins, Harry M., 1981. The Place of the „Core-Set“ in Modern Science: Social Contingency with Methodological Propriety in Science. *History of Science* 19: S. 6-19.
- Collins, Harry M., 1982. The replication of experiments in physics. Barry Barnes and David Edge (eds.), *Science in Context. Readings in the Sociology of Science*. Milton Keynes: The Open University Press, S. 94-116.
- Collins, Harry M., 1985. *Changing Order: Replication and Induction in Scientific Practice*. London: Sage.
- Collins, Harry M., 1998. The Meaning of Data: Open and Closed Evidential Cultures in the Search for Gravitational Waves. *American Journal of Sociology* 104: S. 293-338.
- Merton, Robert K., 1972 [1942]. Wissenschaft und demokratische Sozialstruktur. Peter Weingart (ed.), *Wissenschaftssoziologie I. Wissenschaftliche Entwicklung als sozialer Prozeß*. Frankfurt am Main: Athenäum Fischer, S. 45-59.
- Pickering, Andrew, 1980. The Role of Interests in High-Energy physics: The Choice Between Charm and Colour. Karin D. Knorr, Roger Krohn and Richard Whitley (eds.), *The Social Process of Scientific Investigation*. Dordrecht: Reidel, S. 107-138.
- Pickering, Andrew, 1982. Interests and analogies. Barry Barnes and David Edge (eds.), *Science in Context. Readings in the Sociology of Science*. Milton Keynes: The Open University Press, S. 125-146.
- Pinch, Trevor J., 1980. Theoreticians and the Production of Experimental Anomaly: The Case of Solar Neutrinos. Karin D. Knorr, Roger Krohn and Richard Whitley (eds.), *The Social Process of Scientific Investigation*. Dordrecht: Reidel, S. 77-106.
- Pinch, Trevor J., 1986. *Confronting Nature: The Sociology of Solar Neutrino Detection*. Dordrecht: Reidel.

Anmerkung

- 1 Auch könnte ein Forschungsprogramm, das die wissenschaftssoziologischen Analysen von Kontroversen ignoriert, nur schwer überzeugen (Pickering 1980, 1982; Pinch 1980, 1986). Insbesondere Harry Collins hat in zahlreichen Aufsätzen und zuletzt in einem Buch zahlreiche Aspekte der Kontroverse um die Messung von Gravitationswellen untersucht und dabei interessante Konzepte entwickelt („core-set“, Collins 1981; „experimenter's regress“, Collins 1982, 1985; „evidential cultures“, Collins 1998). Er hat vorgeführt, dass wissenschaftliche Kontroversen sich nicht auf den Austausch von Argumenten über Wissen reduzieren lassen, sondern auf der Produktion von Wissen im Labor beruhen und diese Produktion mit organisieren. Ebenso überraschend ist, dass die Rolle der Merton'schen Normen des Universalismus und des organisierten Skeptizismus, die wenn nicht das Verhalten der Wissenschaftler, so doch zumindest die wissenschaftliche Kommunikation prägen, keine Erwähnung finden (Merton 1972 [1942]).

MARK B. BROWN / JUSTUS LENTSCH / PETER WEINGART, Politikberatung und Parlament. Opladen: Verlag Barbara Budrich 2006, 174 S., kt., 22,00 €

CONSTANZE SCHERZ

Politische Entscheidungsträger sind verpflichtet, technische, wirtschaftliche und soziale Risiken abzuschätzen, wenn sie eine verantwortliche Politik betreiben möchten. Dazu ist es nötig, dass wissenschaftlicher Sachverstand hinzugezogen wird und dass die Empfehlungen wissenschaftlicher Politikberater in politische Diskussionen Eingang finden. Die Rolle dieser Experten ist teilweise umstritten und wird insbesondere dann problematisiert, wenn Unsicherheiten in der Wissensbasis sichtbar oder gesellschaftlich umstrittene Fragen verhandelt werden. Besonders deutlich zeigen sich diese Schwierigkeiten in der Politikberatung für das Parlament, da der Rückgriff auf Expertenwissen dort spezifische Legitimationsprobleme mit sich bringt. Die Autoren widmen sich dieser Problematik, indem sie nach der Rolle der wissenschaftlichen Politikberatung in einer repräsentativen Demokratie fragen und den speziellen Nutzen unterschiedlicher Formen der Politikberatung für die Aufgaben des Deutschen Bundestages eruieren.

Gegenstand des Buches: Der Politikwissenschaftler Mark B. Brown, der Philosoph Justus Lentsch und der Soziologe Peter Weingart haben mit „Politikberatung und Parlament“ ein Buch geschrieben, das auf einem aktualisierten Gutachten für den Deutschen Bundestag beruht und im Rahmen des Monitorings „Technikakzeptanz und Kontroversen über Technik“ vom Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) im Oktober 2004 veröffentlicht wurde. Die Autoren nähern sich von ihren unterschiedlichen disziplinären Sichtweisen der Untersuchungsfrage, wie die Instrumente der Politikberatung, über die der Deutsche Bundestag verfügt, die konfliktreichen Spannungen zwischen den Legitimationsressourcen Macht und Wissen vermitteln.

Zunächst wird gezeigt, wie sich das Verhältnis von politischer Partizipation, Repräsentation und wissenschaftlicher Politikberatung in Bezug auf den Deutschen Bundestag darstellt. Dazu werden verschiedene Modelle von Repräsentation erläutert, um anschließend strukturelle Merkmale und Dilemmata der Politikberatung abzuleiten. Kernstück der Untersuchung bildet zweifelsohne die systematische Übertragung der abgeleiteten Theoreme auf die wissenschaftliche Politikberatung des Parlaments durch Enquête-Kommissionen, das TAB und partizipatorische Gremien wie Bürgerkonferenzen.

Politische Partizipation und Repräsentation: Brown, Lentsch und Weingart bemühen verschiedene Modelle der politischen Repräsentation, um durch deren Kombination den analytischen Rahmen für ihre Untersuchung abzuleiten. Das so genannte Delegierten-Modell und das Treuhänder-Modell sowie die Konzepte der formalen Repräsentation, der symbolischen Repräsentation und der deskriptiven Repräsentation werden in der gebotenen Kürze erläutert und in Teilen vergleichend gegenübergestellt. Fazit dieser Gegenüberstellung ist, „dass eine hohe Repräsentativität eines Beratungsgremiums [...] dessen Beitrag zur demokratischen Repräsentation verbessern kann“ (31). Dies geschehe durch eine Verbesserung der Qualität der Diskussionen (Rationalität), durch die Darstellung möglichst vieler Sichtweisen (erhöhte Akzeptanz) und durch die Vermittlung des „Gefühls“, repräsentiert zu sein (symbolische Repräsentation). Die zunächst abstrakt skizzierten Repräsentationsmodelle werden an den gesellschaftlichen Umwandlungen des 20. Jahrhunderts, dem Rückgang natio-

nalstaatlicher Kompetenzen, den zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen und den schrumpfenden öffentlichen Kassen gespiegelt.

Die Vielfalt an Perspektiven in der heutigen heterogenen Gesellschaft verdeutliche, dass Parlamentarier zunehmend darauf angewiesen seien, Führungs- und Beteiligungselemente demokratischer Repräsentation miteinander zu kombinieren (34). Doch es ist ein Verdienst der Autoren, dass sie noch eine weitergehende Überlegung einbringen: Die Meinungen und Interessen der Bürger seien nicht nur hinsichtlich der Gesetzgebung und der Wiederwahl für die Parlamentarier bedeutend, sie seien darüber hinaus wichtig für die Prozesse der gesellschaftlichen Willensbildung, die der Gesetzgebung unterliegen sollen. Demokratische Repräsentation umfasse folglich nicht nur die faktische Responsivität des Parlaments, sondern schließe auch das Responsivitätsgefühl der Bürgerinnen und Bürger mit ein. Ob es der wissenschaftlichen Politikberatung heute gelingt, diesen beiden Aspekten der demokratischen Repräsentation gerecht zu werden, wird anhand der Fallbeispiele anschaulich reflektiert.

Strukturelle Merkmale der Politikberatung und ihre Problematik: Wissenschaftliches Wissen dient neben der Identifizierung politischer Probleme dazu, politischen Entscheidungen öffentliche Akzeptanz zu verschaffen. Dieser für die Entscheidungsträger positive Aspekt der Akzeptanzbeschaffung stellt jedoch ein Risiko dar, wenn wissenschaftliches Wissen zukünftige oder vergangene politische Entscheidungen „delegitimiert“. Da sich Politiker aber weder ganz frei noch abhängig von wissenschaftlichem Wissen machen können, stehen sie stets vor dem Dilemma, sich zwischen der Legitimation durch Wahl und der Legitimation durch die Bezugnahme auf wissenschaftliche Beratung entscheiden zu müssen. Vertreter der beratenden Seite haben deshalb empfohlen, die allgemeine Öffentlichkeit durch partizipative Verfahren in den Beratungsprozess einzubeziehen, um das spezifische Wissen der Betroffenen für eine verbesserte Erfassung der Risiken und Chancen nutzbar zu machen, aber auch, um möglichst innovative Lösungsmöglichkeiten zu finden.

Trotz struktureller Probleme, den unterschiedlichen Systemrationalitäten von Wissenschaft und Politik und verschiedenen begründeten Legitimationsdilemmata erhöht wissenschaftliche Politikberatung doch die Rationalität des politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozesses. Die Autoren unterscheiden zwei grundlegende Funktionen wissenschaftlicher Politikberatung, die sich insbesondere bei der Umsetzung politischer Entscheide zeigen: Die problembezogene Funktion, die fragt, welchen Beitrag Wissen zur Problemlösung liefert, und die politikbezogene Funktion, die fragt, inwieweit wissenschaftliches Wissen politische Entscheidungsprozesse legitimiert. Beide Funktionen sind in der Literatur mehrfach beschrieben und problematisiert worden. Insbesondere aus der politikbezogenen Perspektive wurde unterstellt, Politiker beschenkt wissenschaftlichen Experten und deren Rat zu wenig Beachtung. *Brown, Lentsch* und *Weingart* erinnern den Leser jedoch daran, dass gerade die politikbezogene Funktion wissenschaftlicher Beratung einen wichtigen Beitrag zur politischen Repräsentation leisten könne, „dann nämlich, wenn die Politikberatung dazu dient, verschiedene wissenschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven auf ein Problem oder eine Handlungsoption zu artikulieren und öffentliche Diskurse anzuregen“ (56).

Ergebnisse der Fallstudien: Enquête-Kommissionen, das TAB und Bürgerkonferenzen werden von den Autoren herangezogen und bezüglich ihrer Repräsentativität und Resonanz untersucht. Einige Ergebnisse der symmetrisch aufgebauten Untersuchung seien im Folgenden zusammengefasst. Das Untersuchungskriterium „Geschichte, Aufgabe und institutionelle Verortung“ verdeutlich-

che, dass Enquête-Kommissionen relativ nah am politischen Geschehen im Parlament, aber weit entfernt von der Wissenschaft zu verorten seien. Für die Arbeit des TAB hingegen sei die wissenschaftliche Unabhängigkeit zentral. Hinsichtlich der Öffentlichkeit werden Enquête-Kommissionen zwischen dem „öffentlichkeitsfernen TAB“ und den „sehr öffentlichkeitsbezogenen Bürgerkonferenzen“ eingeordnet (95).

Die Beratungsgremien lassen sich außerdem nach dem Grad ihrer politischen, sozialen und fachlichen Repräsentativität unterscheiden. So sei der institutionelle Anspruch zur politischen und sozialen Repräsentation bei Bürgerkonferenzen am höchsten, da sie versuchen, einen Querschnitt der Bevölkerung in ihre Ergebnisformulierungen einzubeziehen. Enquête-Kommissionen, in denen neben Parlamentariern auch Sachverständige sitzen, wiesen einen höheren Grad fachlicher Repräsentativität auf, wenn sie auch nicht an die fachliche Repräsentativität des TAB heranreichten, in dem sich ausschließlich Wissenschaftler für die Ergebnisse eines Arbeitsberichtes verantwortlich zeichnen.

Die parlamentarische Resonanz der verschiedenen Formen von Politikberatung liege vor allem in indirekten problem- und politikbezogenen Funktionen. Während Enquête-Kommissionen eine öffentliche Resonanz erzielten und damit ihren Beitrag zur demokratischen Repräsentation vor allem durch die „(Re-)Politisierung von Fragen und Problemstellungen“ (149) leisteten, erziele das TAB seine öffentliche Resonanz mittels parlamentarischer Resonanz: Durch die TAB-Inputs in die Ausschüsse und Parlamentsdebatten werde die parlamentarische Diskussion indirekt an die Öffentlichkeit weitergeleitet. Eine Wertung der beratenden Institutionen hinsichtlich ihrer parlamentarischen Resonanz wird jedoch umgangen, da sie alle – jeweils auf unterschiedliche Weise – das Potenzial hätten, „die Produktion und Vermittlung wissenschaftlich und politisch informierter Empfehlungen so zu gestalten, dass sie zum Bezugspunkt gesellschaftlicher Diskurse werden können“ (150).

Fazit: Möglichkeiten, sowohl die Repräsentativität als auch die Resonanz der Politikberatung zu erhöhen, sehen die Autoren zunächst darin, die Auswahlkriterien für die Mitglieder der Beratungsgremien transparenter zu machen. So müsse die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Gremien verbindlich geregelt werden. Als Vorbild wird das – nicht näher erläuterte – amerikanische Federal Advisory Committee Act (FACA) genannt. Um zu verhindern, dass gesellschaftliche Diskussionen zu früh geschlossen werden und sich dadurch gegebenenfalls ein technokratischer Politikstil ausbilde, sollten die wissenschaftlichen Unsicherheiten und Meinungsverschiedenheiten „offen gelegt“ werden (157). Ebenfalls in Bezugnahme auf das FACA wird empfohlen, die disziplinäre Repräsentativität in den Beratungsgremien zu erhöhen. Des Weiteren sollte bereits die Themenfindung in engem Austausch mit der interessierten Öffentlichkeit geschehen. Gerade für die wissenschaftliche Politikberatung sei es wichtig, Workshops, wie sie das TAB im Parlament und für Parlamentarier anbiete, einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Auch wenn die Autoren den eigentlichen Beitrag wissenschaftlicher Politikberatung zur relativ hohen Responsivität des Deutschen Bundestages und dem niedrigen Responsivitätsgefühl der Bevölkerung nicht einschätzen wollen, gelingt es ihnen gut, Defizite wissenschaftlicher Politikberatung zu benennen. Ihre – im Abschlusskapitel nur sehr kurz skizzierten – Reform-Vorschläge liefern zumindest Anreize für einen Ausbau der Politikberatung, die die aktuellen politischen Kontexte und die Anforderungen demokratischer Repräsentation stärker berücksichtigt. Nicht zuletzt zeigt das aus einem Gutachten für das TAB hervorgegangene Buch „Politikberatung und Parlament“, wie ein Beratungsgre-

mium seine eigene Arbeit für den Deutschen Bundestag und damit verbundene Herausforderungen reflektiert. Diese Reflexion der Beratenden ist gerade durch die gestiegenen Beratungsansprüche des Parlaments von besonderer Bedeutung und ist hier in einer gut strukturierten und verständlichen Weise gelungen.

Theorie

HELMUT WILLKE, *Symbolische Systeme. Grundriss einer soziologischen Theorie*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2005, 348 S., kt., 38,- €

GEORG KNEER

Das Thema von *Helmut Willke* ist die Erkundung der Reichweite und Grenzen sozialer Steuerungsbemühungen mit dem Instrumentarium der Systemtheorie. Zu diesem Forschungsfeld hat er bereits eine beeindruckende Vielzahl von Publikationen vorgelegt. Die Frage der Steuerbarkeit sozialer Systeme bildet auch den thematischen Kontext seines neuen, hier zu besprechenden Buches. Im Vergleich mit seinen früheren Arbeiten weist der aktuelle Band allerdings eine deutliche Verlagerung des inhaltlichen Fokus auf. *Willke* geht es nicht, zumindest nicht mehr in erster Linie um die Analyse der Steuerungsfähigkeit moderner, funktional differenzierter Wissensgesellschaften, sondern – sozusagen im Vorfeld und als Vorbereitung dafür – um die Formulierung einer allgemeinen Steuerungstheorie symbolischer Systeme; an die Stelle gesellschaftstheoretischer Ausführungen rücken stärker als zuvor grundlagentheoretische Überlegungen. Die vorgenommene Perspektivenverschiebung wird begründet mit der Aussage, „dass eine Steuerungstheorie sozialer Systeme unbrauchbar ist, solange sie die besondere Steuerungsproblematik symbolischer Systeme nicht berücksichtigt“ (8f.).

Mit der inhaltlichen Verschiebung geht ein Umbau der theoretischen Grundannahmen einher. Zwar orientiert sich *Willke* nach wie vor am Gerüst von *Luhmanns* Theorie sozialer Systeme. Gleich zu Beginn des Bandes empfiehlt er deshalb den Leserinnen und Lesern, „ein kleines systemtheoretisches Kompendium im Hinterkopf mit(zu)führen“ (13), um seinen in der Tat äußerst dichten, gleichermaßen voraussetzungsvollen wie weitreichenden Argumentationssträngen folgen zu können. Zugleich ist *Willke* jedoch sichtlich darum bemüht, die von *Luhmann* ausgearbeitete Fassung der Theorie sozialer Systeme zu überarbeiten, zu erweitern und an maßgeblichen Stellen zu modifizieren, dies jedoch mit der einschränkenden Auskunft, „dass die intendierte Revision keineswegs revolutionär ist, sondern nur eine Fortentwicklung auf der Grundlage des systemischen Denkens darstellt“ (20f.). Die Änderungen, die *Willke* vornimmt, betreffen eine Vielzahl von konzeptionellen Ausgangsentscheidungen der soziologischen Systemtheorie; grundlegende Begriffe wie Komplexität, Selektion, Kontingenz, Selbstreferenz, Kommunikation, Medium etc. werden erneut verhandelt und auf zum Teil folgenreiche Weise umgestaltet.

Die zentrale Modifikation jedoch, die *Willke* vornimmt und die überhaupt erst die Brisanz seiner Revisionsvorschläge deutlich macht, ist die Erweiterung der Theorie sozialer Systeme hin zu einer „soziologischef(n) Theorie symboli-

scher Systeme“ (23). Der Begriff der Symbolisierung wird ausgehend von *Cassirers* Philosophie der symbolischen Formen und *de Saussures* semiologischer Sprachtheorie expliziert. Aus *Willkes* Sicht harmonisieren die Prämissen der beiden damit angesprochenen Denktraditionen mit den Annahmen der soziologischen Systemtheorie, da sie allesamt die Eigenlogik und Souveränität selbstreferentiell geschlossener, rekursiv operierender Systeme betonen. Allerdings resultieren aus der Übernahme des Konzepts der Symbolisierung zwei gewichtige Erweiterungen für die Theorie sozialer Systeme. Zum einen wird Sprache (*langue*) als eigenständiges System betrachtet, das zu den Symbolsystemen des Bewusstseins (Denken) und des Sozialen (Kommunikation) hinzutritt. Damit ist eine deutliche Gegenposition zu *Luhmann* formuliert, der Sprache nicht als System, sondern als Medium thematisiert. Zum anderen werden auch höherstufige Symbolordnungen „jenseits der Sprache wie (...) Macht, Recht, Geld, Kapital, Wissen, Liebe, Glaube, Moral, Kunst, Mythos, Ideologie“ (21) als Systeme eigener Art begriffen. *Willke* verallgemeinert die am Beispiel der Sprache formulierte Auffassung, dass Kommunikationsmedien als organisierte Verknüpfungen von Symbolen über charakteristische, unverwechselbare Relationierungsregeln, Strukturmuster und Operationsprinzipien verfügen und damit ein eigenständiges Muster der Systembildung aufweisen. *Luhmanns* medientheoretische Analyse wird damit erweitert um eine symboltheoretische Betrachtung, die generalisierte Kommunikationsmedien als paradigmatische Symbolsysteme begreift, „die den operativen Kern der Selbststeuerung der Funktionssysteme bilden“ (195).

Die beiden damit angesprochenen Ergänzungen werfen eine Reihe von Fragen und Irritationen auf, sie fügen sich keineswegs, wie *Willke* zu unterstellen scheint, nahtlos in das Gerüst der Theorie sozialer Systeme ein, sondern wirken hier wie ein deplazierter Fremdkörper. Seine Auffassung, neben sozialen Systemen und Bewusstseinsystemen auch die Sprache als eigenständiges, eben linguistisches Zeichensystem zu begreifen, sieht sich mit dem naheliegenden Einwand konfrontiert, dass hierbei unterschiedliche Systembegriffe Verwendung finden, die nicht kurzerhand miteinander kompatibel gemacht werden können. Die Fraglichkeit dieser Theoriestrategie wird deutlich, wenn das Zusammenspiel von Denken, Kommunikation und Sprache genauer betrachtet wird. Für *Willke* handelt es sich dabei um drei autonome Systeme, die füreinander Umwelt bleiben, auch wenn sie wechselseitig aufeinander angewiesen sind. Gegen diese Auffassung spricht die Einsicht, dass sowohl Bewusstseinsysteme als auch soziale Systeme Einheiten sind, die Zeichen nicht nur in ihrer Umwelt vorfinden, sondern intern verwenden. Der Hinweis *Willkes*, dass sich aus Sicht mentaler oder sozialer Systeme die Gesamtheit der Relationen sprachlicher Zeichenelemente intransparent erweist, hebt diesen grundsätzlichen Einwand nicht aus. Ausgehend von den Grundannahmen der allgemeinen Theorie autopoietischer Systeme, an denen sich *Willke* doch orientiert, lässt sich das Zusammenwirken von Kommunikation und Sprache nicht analog zum Zusammenspiel von Kommunikation und Denken beschreiben. Die Annahme einer Autonomie von sozialen Systemen und Bewusstseinsystemen besagt, dass sie vollständig getrennt und überschneidungsfrei operieren, sie sich also wechselseitig keine elementaren Einheiten zur Verfügung stellen. Das Verhältnis von Kommunikation und Sprache stellt sich dagegen grundsätzlich anders dar. Kommunikation bedient sich intern sprachlicher Zeichen, macht also von der Sprache einen operativen Gebrauch, auch wenn Kommunikation das sprachliche Beziehungsgefüge nicht vollständig kontrollieren oder steuern kann. Ebenso wie die Kommunikation ist auch das Denken zeichenhaft organisiert. Ausgehend von